

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Neue Märchen aus Bonn

Unter diesem Titel veröffentlicht die *Zeit* (Nr. 33, 12. 8. 1966) aus der Feder von *Diether Stolze* den folgenden, mit Recht außerordentlich scharfen Kommentar zur „Stabilisierungspolitik“ der Bundesregierung:

„Es ist gekommen, wie es die von Bonn so gern als ‚böswillig‘ bezeichneten Kritiker vorausgesagt haben: Der mit großem propagandistischem Aufwand verkündete Kabinettschluß, beim Haushalt für 1967 Sparsamkeit walten zu lassen, ist das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben wurde. Was den nächsten Etat betrifft, so hat uns die Regierung wieder einmal — nun, bleiben wir höflich — Märchen erzählt.

Erhard und seine Minister hatten voraussehen können, daß ein Etat von 74 Milliarden Mark (immerhin 7,2 Prozent höher als in diesem Jahr) von der Öffentlichkeit nicht gerade als Musterbeispiel der Sparsamkeit gefeiert würde. Schließlich hatte die EWG-Kommission geradezu beschwörend eine Beschränkung des Zuwachses bei den Staatsausgaben auf höchstens 5 Prozent gefordert, schließlich hatte der Kanzler bei seinem Amtsantritt 1963 sogar noch strengere Sparsamkeit versprochen. Um ihr Ansehen zu retten, ließ die Regierung ihren Sprecher *von Hase* eine beruhigende Geschichte erzählen: Die Etatsteigerung betrage in Wahrheit nur 4 Prozent, weil rund 2,2 Milliarden Mark so ausgegeben werden sollten, daß sie nicht zu einer Erhöhung der Nachfrage im Inland führen.

Leider war diese Geschichte noch nicht einmal gut erfunden. Nicht nur Haushaltsexperten konnten erkennen, daß sie einfach nicht stimmen konnte: Woher wollte denn die Regierung wissen, wie hoch die ‚nachfragewirksamen‘ Ausgaben sein werden, solange der Etat 1967 nicht in allen Einzelplänen verabschiedet ist. Gegenwärtig feilschen doch die Ministerialdirektoren der einzelnen Ressorts mit den Experten des Finanzministeriums noch um jede Million. Regierungssprecher Hase mußte denn auch wenige Tage später versichern, seine Rechnung mit ‚nur 4 Prozent Zuwachs‘ sei so ernst nicht gemeint gewesen.

Das war die erste Blamage. Es blieb nicht die einzige.

Heute ist klar, daß so gut wie nichts stimmt, was die Regierung zum Haushalt des nächsten Jahres verkündet hat. Noch weiß niemand in Bonn, wie man die Anforderungen der Ressorts überhaupt auf 74 Milliarden Mark zusammenstreichen soll. Und weiter: Woher sollen denn 74 Milliarden Mark Steuereinnahmen kommen? Der Finanzminister war so leichtfertig, wieder 39 Prozent Bundesanteil an der Einkommensteuer einzusetzen, obwohl längst zu erkennen war, daß die Länder auf einem höheren Anteil bestehen. Selbst Optimisten rechnen allenfalls mit einem Kompromiß bei 37 Prozent — dann fehlt Bonn eine Milliarde Mark in der Kasse.

Am schlimmsten aber ist, daß nicht einmal die Behauptung von der ‚Beschränkung der Ausgaben auf 74 Milliarden Mark‘ zutrifft. Bonn wendet hier wieder die Verschleiertechnik an, die unter Erhards Kanzlerschaft in Mode gekommen ist: Ein erheblicher Teil der Ausgabenverpflichtungen wird aus dem Etat

hinausmanipuliert (etwa dadurch, daß die Sozialversicherungen Schuldbuchforderungen statt Bargeld erhalten). Ein ehrlicher Etat würde fast 76 Milliarden Mark ausweisen.

Die längst überfällige Stabilisierung der Wirtschaft muß mit der Ordnung der öffentlichen Finanzen beginnen. Eine Regierung, die neue Gesetze fordert, um andere zur Disziplin zwingen zu können, aber selbst eine unsolide Haushaltspolitik betreibt, muß ihre Glaubwürdigkeit verlieren."

Angesichts dieser Sachlage, die von der *Zeit* so erfrischend deutlich gekennzeichnet wird, wirkt es um so grotesker, wenn in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Redakteur *Vetter* mit nicht mehr zu unterbietender Unsachlichkeit alle paar Tage die Gewerkschaften „an den Pranger stellt" und heute *Otto Brenner*, morgen Prof. *Gleitze*, übermorgen einem dritten oder vierten (nur *Georg Leber* wird „ausgespart", obwohl er so scharf und klar! wie die anderen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung angreift) „falsche Argumente" und „Mangel an Glaubwürdigkeit" unterstellt. Wer hier in Wirklichkeit ganz und gar unglaubwürdig ist, dürfte auch den Lesern der FAZ nicht entgehen.

Was der *Bundesvorstand* des DGB zur Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Bundesregierung zu sagen hat, veröffentlichen wir in diesem Heft in der Rubrik „Das Dokument"; ergänzend sei hier eine weitere Stellungnahme des DGB (vom 16. 8. 1966) festgehalten:

„Die jetzt bekanntgewordene Tatsache, daß der Haushaltsplan des Bundes auch in diesem Jahr wieder überschritten wird, veranlaßt den Deutschen Gewerkschaftsbund, die Bundesregierung aufzufordern, endlich zu den Grundsätzen von *Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit* zurückzukehren. Die Bundesregierung sollte damit aufhören, die durch ihre ziellose Finanzpolitik heraufbeschworene Finanzmisere zu verschleiern.

Trotz des Versprechens des Bundeskanzlers, den Bundeshaushalt 1966 nicht über 68,9 Md. DM zu erhöhen, trotz zahlreicher haushaltstechnischer Manipulationen im Bundeshaushalt 1966 und trotz hoher Steuermehreinnahmen werden sich die außerplanmäßigen Mehrausgaben im Bundeshaushalt 1966 auf schätzungsweise 1,5 Md. DM belaufen.

Auch der vom Bundeskabinett aufgestellte Haushalt 1967 steht im Widerspruch zu der wortreich angekündigten Stabilisierungspolitik. Die Erhöhung der Bundesausgaben 1967 auf effektiv 76 Md. DM bedeutet eine erneute Ausgabenaufblähung von über 10 vH gegenüber 1966.

Der DGB wendet sich gegen alle Versuche, diese inflationäre Steigerung durch eine erhöhte Lohnsteuerbelastung der Arbeitnehmer zu finanzieren."

Die Städte mit ihrer finanziellen Kraft am Ende!

Viel zuwenig wird in der großen Öffentlichkeit beachtet, wie katastrophal sich die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes auf die Städte und Gemeinden auswirkt. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, daß einer der erfolgreichsten westdeutschen Kommunalpolitiker, der Münchener Überbürgermeister Dr. *Hans-Jochen Vogel*, in einem vom *Vorwärts* (Nr. 34 vom 17. 8. 1966) veröffentlichten Aufsatz das Notwendige dazu sagt. Vogel schreibt:

„Anfang Juli tagte in Nürnberg die 14. Vollversammlung des Bayerischen Städteverbandes. 290 Delegierte der fast 5 Millionen Bürgerinnen und Bürger von 200 bayerischen Städten haben zwei Tage lang über die Probleme und Sorgen ihrer Gemeinwesen beraten. Das Fazit, zu dem das bayerische Städteparlament dabei kam, war ebenso besorgniserregend wie eindeutig. Es lautet: Die Städte sind mit ihrer finanziellen Kraft am Ende!

Das ist ganz wörtlich zu verstehen. Zwar wird es — jedenfalls vorerst — wohl nirgends zu Zahlungsschwierigkeiten kommen. Die Städte werden auch ihre laufenden Dienste und Einrichtungen — wenn auch mit wachsenden Schwierigkeiten — fortführen können.

Aber die Masse der Städte wird kein einziges neues Bauvorhaben mehr anfangen können, und sei es noch so dringend. Ja, einzelne Städte werden sogar bereits begonnene Baustellen stilllegen müssen. Ein neuer Begriff, die Investitionsruine, wird im kommunalen Sprachgebrauch heimisch werden."

Dann fragt Vogel: „Wie konnte es dazu kommen?" und erklärt:

„Nun, die Gründe liegen auf der Hand. Seit Jahr und Tag weisen die Städte darauf hin, daß ihr Anteil an den Einnahmen der Öffentlichen Hand unzulänglich ist und immer weiter hinter den laufenden Ausgaben zurückbleibt. 1953 betrug der prozentuale Anteil der Kommunen am Steueraufkommen im Bund noch 13,88 vH des Gesamtaufkommens, 1965 aber nur mehr 11,43 vH. Das bedeutet in absoluten Zahlen einen Ausfall von Milliarden Mark. Gleichzeitig steigen jedoch die zwangsläufigen fortdauernden Ausgaben ohne Unterbrechung, so etwa die Personalkosten allein wegen der Besoldungserhöhungen und sonstiger gesetzlicher oder tariflicher Regelungen seit 1958 um 107 vH. Infolge dieser Entwicklung sank die Summe, die von den Städten aus den ordentlichen Einnahmen für den Verkehrsbau, den Schulhausbau, den Krankenhausbau und den Ausbau aller übrigen Gemeinschaftseinrichtungen verwendet werden konnte, von Jahr zu Jahr.

Die Städte forderten deshalb immer dringlicher eine Finanzreform, die ihren Anteil am

Steueraufkommen vergrößert. Diese Reform wurde zwar immer wieder versprochen, sie kam aber nicht. Andererseits stieg der Bedarf an Straßen, Schulhäusern, Krankenhäusern und sonstigen kommunalen Einrichtungen unaufhörlich. In dieser Zwangslage blieb den Städten gar nichts anderes übrig, als Schulden zu machen, das heißt Darlehen aufzunehmen, um so ihre Investitionsmittel zu verstärken. 1965 mußten über 50 vH der kommunalen Investitionen mit Schulden finanziert werden. Für 1966 waren notgedrungen Schuldaufnahmen in etwa gleicher Höhe vorgesehen.

Diese Schuldaufnahmen verschleierten das Bild der kommunalen Armut. Seit etwa einem halben Jahr können die Städte infolge der Zerrüttung des Kapitalmarktes kaum mehr Schulden aufnehmen. Der Schleier ist weggezogen. Die ganze finanzielle Misere der Kommunen liegt klar am Tage.

Die Städte haben seit Jahren vor dieser Entwicklung gewarnt. Man hat ihnen nur wenig Gehör und noch weniger Glauben geschenkt. Die Verantwortung für diese Entwicklung trifft kaum die Bundesbank, die den Preisauftrieb wohl nur mit dem Instrument bekämpfen kann, das ihr zur Verfügung steht, und das ist die Verknappung des Kredits. Sie trifft vor allem den Bund, der das Problem der kommunalen Finanzreform seit Jahren vor sich herschob, der den Gemeinden ihren gerechten Anteil am Steueraufkommen vorenthielt und sie so in die Verschuldung drängte. Der sogar die Steuern noch senkte und mit all dem letzten Endes gerade die Baumaßnahmen zum Erliegen bringt, die volkswirtschaftlich notwendig sind, damit unser Sozialprodukt weiter wächst, denn ohne Versorgungseinrichtungen, ohne einen geordneten Verkehr und ohne ausreichende Schulen kann unsere Wirtschaft ihre Produktivität nicht steigern."

„Was soll jetzt geschehen?“ fragt Vogel und antwortet:

„Die bayerischen Städte haben in Nürnberg dreierlei gefordert:

Erhöhung des Anteils der Gemeinden am zweckgebundenen Mineralölsteueraufkommen auf 15 vH,

Beteiligung der Gemeinden am Einkommen- und Körperschaftssteuerverband des Bundes und der Länder und

fühlbare Verbesserung des Finanzausgleichs zwischen dem Freistaat Bayern und seinen Gemeinden.

All dies muß spätestens bis zum 1. Januar 1967 wirksam werden, notfalls unter Einschränkung der offenen und versteckten Subventionen im Bundeshaushalt 1966. Ein Bruchteil der dafür ausgegebenen Gelder würde die Krise lindern und den Städten wenigstens die Fortsetzung ihrer Investitionen im bis-

herigen Tempo gestatten. Nur so kann die Not der Städte noch in zwölfter Stunde gewendet werden. Und die Not der Städte ist die Not ihrer Bürger — das sollten die Verantwortlichen nicht vergessen."

Hinweise

In unserem Heft 8/1966 veröffentlichten wir einen Aufsatz „Zentralamerika als Wirtschaftsraum“ aus der Feder unseres Mitarbeiters Dr. *Wolf Donner*. Als wertvolle Ergänzung dieser wirtschaftspolitischen Untersuchung ist eine Serie von reich illustrierten und vorzüglich dokumentierten Aufsätzen anzusehen, die Dr. Donner in den Monatsheften für neuzeitlichen Wohnungsbau *Neue Heimat* (Heft 3, 4, 5, 6, 7 des laufenden Jahrgangs) über die sozialen Wohnungs-, Siedlungs- und Städtebauprobleme der von ihm bereisten Länder Guatemala, El Salvador, Costa Rica, Honduras und Nicaragua veröffentlicht hat.

In der in Zürich (Scheideggstr. 45) erscheinenden Halbmonatsschrift *Orientierung* (Katholische Blätter für weltanschauliche Information) hat *Ewald Wünschel*, der seit drei Jahren als katholischer Laienhelfer in Spanien lebt, einen Bericht über ein bei uns noch fast unbekanntes Phänomen veröffentlicht: Arbeiterpriester in Spanien. Dieser Bericht ist zugleich ein instruktiver Beitrag zu den Wandlungen, die sich in der spanischen Arbeiterschaft und in einem Teil des spanischen Klerus anbahnen.

Die *Zeitschrift für Politik* (Carl Heymanns Verlag KG, Köln—Berlin), 1907 gegründet, jetzt Organ der Hochschule für politische Wissenschaften München, hat ihr Heft 2/1966 vor allem den Problemen der Raumordnung, der Planifikation und Planwirtschaft, der Haushaltsplanung, der Stadtentwicklung und Stadtplanung gewidmet. Außerdem enthält das Heft, neben dem gewohnt reichhaltigen Buchbesprechungsteil, einen sehr lesenswerten Aufsatz über die Hintergründe des Vietnamkonflikts, von *Hans Wilfried von Stockhausen*.

Pro-Blätter für neue Literatur heißt eine neue kleine Zeitschrift, die von Hansjürgen Bulkowski (Krefeld, Postfach 2366) herausgegeben wird. In Erzählungen, Kurzprosa, Lyrik, Kritik ist diese Zeitschrift Themen wie *Der Mensch und seine Arbeit*, *Christentum heute*, *Ost-West-Auseinandersetzung*, *Leben in der technischen Welt* gewidmet. In den ersten beiden Heften kommen u. a. Horst Bingel, Max von der Grün, Paul Schallück, Gerhard Zwerenz, Volker Braun, Hugo Ernst Käufer, H. Günter Wallraff und Hildegard Wohlgemuth zu Wort.

Heft 168 der Zeitschrift *Politische Studien* (Olzog Verlag, München) ist im Hauptteil dem Thema „Parteien und Verbände in Österreich“ gewidmet.

W.F.

